



Tätigkeitsbericht der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF) 2004

Schwerpunkt 1 Sozialpolitik

Revision der Erwerbsersatzordnung (Erwerbsersatz bei Mutterschaft)

Die Annahme der EO-Revision und damit ein Ja zum Erwerbsersatz bei Mutterschaft in der Volksabstimmung vom 26. September war der Kommission ein zentrales Anliegen. Deshalb nahm sie mit interessierten Organisationen, Parteien und Verbänden bereits im Oktober 2003 Kontakt auf und lud zu mehreren Treffen in Bern ein. Aus dieser Zusammenarbeit entstand ein Zusammenschluss von 145 unterstützenden Organisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Am 22. Juni organisierte die EKF eine Medienkonferenz in Bern und trat gemeinsam mit der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen, dem Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner sowie dem Schweizerischen Landfrauenverband vor die Medien. Als weiteren Beitrag zur Meinungsbildung publizierte die Kommission das Faltblatt «Ja zum Erwerbsersatz bei Mutterschaft! Ja zur Revision des Erwerbsersatzgesetzes!», das die wichtigsten Fakten und Argumente für ein Ja zur Revision enthält. Die Nachfrage nach dem Faltblatt war ausserordentlich gross. Das EKF-Sekretariat war Anlauf- und Auskunftsstelle für Organisationen und Personen, die sich aktiv für die Annahme der Revision einsetzen wollten.

Projekt «Nachehelicher Unterhalt und Sozialhilfe»

Die EKF führt unter dem Arbeitstitel «Nachehelicher Unterhalt und Sozialhilfe» eine Analyse der Rechtsprechung des Bundesgerichts und der publizierten Gerichtsentscheide zur Regelung des nachehelichen Unterhalts durch. Die Analyse soll die Entwicklung seit dem Inkrafttreten des neuen Scheidungsrechts am 1. Januar 2000 aufzeigen. Die Studie wird von lic. iur. Elisabeth Freivogel, Advokatin, durchgeführt und liegt 2005 vor.

Schwerpunkt 2 Mentoring-Projekt «von Frau zu Frau» (SAJV, EKF)

2004 fand bereits der vierte Zyklus des Mentoring-Projekts statt. 25 junge Frauen (Mentees) hatten Gelegenheit, während eines Jahres einer erfahrenen Politikerin oder Verbandsfrau (Mentorin) über die Schulter zu schauen und Tipps zu Karriereplanung und Networking zu sammeln. Das Projekt «von Frau zu Frau» wird seit 2001 gemeinsam von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV und der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF durchgeführt. 2005 findet der vorläufig letzte Zyklus statt.

Schwerpunkt 3 Medien und Politik

Studie «Doing Gender in der Wahlkampfkommunikation»

Im Auftrag der EKF haben Prof. Dr. Sibylle Hardmeier und Anita Klöti vom Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich, eine Studie bei 15 Tages- und Sonntagszeitungen über die Presseberichterstattung zu den eidgenössischen Wahlen vom Oktober 2003 durchgeführt. Eine Kurzfassung der Ergebnisse wurde in «Frauenfragen» Nr. 2.2004 publiziert (siehe auch Schwerpunkt 5).

Studie «Eidgenössische Wahlen 2003: Medien, Politik und Geschlecht»

Wie bereits bei den eidgenössischen Wahlen 1999 wurde auch bei den Wahlen 2003 das Informationsangebot von Schweizer TV- und Radio-Stationen untersucht. Die geschlechtsspezifische Analyse wurde von lic. rer. soc. Sonja Stalder, freischaffende Journalistin BR, Bern, durchgeführt. Die Ergebnisse der Studie liegen 2005 vor.

Schwerpunkt 4

Verfassen von Stellungnahmen zu frauen- und gleichstellungsrelevanten Themen

Stellungnahme zur Parlamentarischen Initiative 00.419 Schutz vor Gewalt im Familienkreis und in der Partnerschaft (Januar)

Die Kommission unterstützt den Gesetzesentwurf. Der Entwurf will Opfer von häuslicher Gewalt schützen, indem die gewalttätige Person aus der gemeinsamen oder ehemals gemeinsamen Wohnung weggewiesen werden kann und diese für eine bestimmte Zeit nicht mehr betreten darf. Der neue Art. 28b des Zivilgesetzbuches trägt der Erkenntnis Rechnung, dass häusliche Gewalt kein privates Problem ist. Ein zentrales Element ist die Realisierung des Prinzips, dass die Opfer in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können und die Täter gehen müssen.

Stellungnahme im Wortlaut in «Frauenfragen» 1.2004

Stellungnahme zu den Ergänzungsleistungen für Familien (Juni)

Die EKF begrüsst die Absicht des Bundes, Ergänzungsleistungen für Familien auf Bundesebene einzuführen. Eine Bundeslösung macht Sinn, wenn auch die Kinderzulagen einheitlich auf Bundesebene geregelt und mit den Ergänzungsleistungen für Familien abgestimmt werden.

Stellungnahme im Wortlaut in «Frauenfragen» 2.2004

Schwerpunkt 5

Publikation der Zeitschrift «Frauenfragen»

«Frauenfragen» Nr. 1.2004 (Juni) war dem Schwerpunkt «Armut» gewidmet. Publiziert wurde zudem eine Bestandesaufnahme zur Vertretung der Geschlechter im Parlament nach den eidgenössischen Wahlen 2003.

In «Frauenfragen» Nr. 2.2004 (November) wurde die Kurzfassung der Studie «Doing Gender in der Wahlkampfkommunikation» publiziert (siehe auch Schwerpunkt 3). Ein weiterer Artikel enthält die Ergebnisse einer Befragung von Kandidierenden der Bundesratsparteien aus fünf Kantonen.

Weitere Tätigkeiten

Schweizerische Menschenrechtspolitik

Auf Anfrage des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten gab die EKF eine Stellungnahme zur Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution ab. Sie betonte in ihrer Stellungnahme, dass eine solche Institution sinnvoll ist, dass diese jedoch nur dann erfolgreich arbeiten kann, wenn sie mit entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet wird. Entscheidende Voraussetzung bleibt somit, ob der politische Wille zur Stärkung der Menschenrechte in der Schweiz vorhanden ist.

48. Session der UNO-Frauenkommission in New York

Der Vizepräsident der EKF nahm als Mitglied der Schweizer Delegation an der 48. Session der UNO-Frauenkommission (Commission de la Condition de la Femme, CSW) in New York teil (1. – 12. März). Die Kommission befasste sich unter anderem mit der Rolle der Männer bei der Gleichstellung der Geschlechter und verabschiedete entsprechende Empfehlungen.

Allgemeines

Plenarsitzungen

Die Kommission führte vier Plenarsitzungen durch (23. März, 22. Juni, 9. September, 25./26. November). Anlässlich der zweitägigen November-Plenarsitzung in Delémont/JU trafen die Mitglieder der Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern der lokalen und kantonalen Politik, des Gleichstellungsbüros, der kantonalen Gleichstellungskommission sowie der Frauenorganisationen zu einem Erfahrungsaustausch zusammen.

Geschäftsausschuss

Geschäftsausschuss und Sekretariat der EKF trafen sich zu regelmässigen Sitzungen, um die laufenden Geschäfte zu planen. Im August fand eine zweitägige Retraite statt, um die Themenschwerpunkte für 2005 zu diskutieren und zuhanden des Plenums vorzubereiten.

Mitglieder

Auf Beginn der Amtsperiode 2004 – 2007 wurden neu in die Kommission gewählt:

- Renata Böhi-Reck, Journalistin/PR-Fachfrau, Co-Präsidentin des Schweiz. Gemeinnützigen Frauenvereins, Uster ZH
- Claudia Bosia, Tecnico dell'abbigliamento ST, Schweiz. Gewerbeverband, Pazallo TI
- Anna Christen, lic. phil. I, Travail.Suisse, Bern
- Martine Chaponnière, Dr ès sciences de l'éducation, Genève
- Ruth Derrer Balladore, lic. iur., Geschäftsleitung Schweiz. Arbeitgeberverband, Zürich
- Martin Senti, Dr. rer. pol., Privatdozent/Redaktor, Zürich
- Etienne J. Verrey, Fachfrau für Gleichstellungsfragen, Vizepräsidentin alliance f, Lausen BL
- Lucie Waser, Primarlehrerin/stud. phil. I, Bern

Auf Ende 2004 reichte Enrico Violi, Mitglied und Vizepräsident der Kommission, seinen Rücktritt ein. Zu seinem Nachfolger als Mitglied wählte der Bundesrat Thomas Beyeler, Theologe und Fachmann für Gender Management, Bern. Als neue Vizepräsidentin ab 2005 wählte die Kommission Lucie Waser.